

BUND

03 | Landesverband
22 | Nordrhein-Westfalen



MAGAZIN

WIE GRÜN WIRD NRW?

KOALITIONSVERTRAG MIT SCHWÄCHEN

ZUR ZEIT

JAHRESTAG HOCHWASSER

BUNDaktiv

NEUE KÖPFE

AUF HÖHLENTOUR

Neue Landesregierung

WIE GRÜN WIRD NRW?



Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags am 27. Juni wurde die erste schwarz-grüne Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen besiegelt. Doch das Vertragswerk hat große Schwächen. Ob so dem Anspruch genügt werden kann, NRW zukunftsfest zu machen, bleibt fraglich.

DER BUND MISCHT SICH EIN

Im Vorfeld und während der Koalitionsverhandlungen hatte der BUND mit Pressekonzferenzen, Positionspapieren und Bündnis-Aktionen das ökologisch Notwendige eingefordert und den dringend notwendigen Politikwechsel angemahnt.

Das Ende Mai von Schwarz-Grün präsentierte Sondierungspapier ließ aber schon erahnen, wie schwierig die Koalitionsverhandlungen werden würden. Fortschritten im Bereich der Klimaschutzpolitik standen darin große Fehlstellen beim Naturschutz gegenüber. "Da ist noch viel Luft nach oben", kommentierte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Doch die Hoffnungen wurden nur teilweise erfüllt. Der letztendlich nach sechswöchigen Verhandlungen beschlossene 146 Seiten-starke "Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen" weist viele Mängel auf.

AUF DEM GRÜNEN AUGE BLIND?

Trotz unbestreitbarer Fortschritte beim Klimaschutz findet der Koalitionsvertrag keine Lösungen für den Schutz der Biodiversität - im Gegenteil. "Die Koalition scheint auf dem grünen Auge blind zu sein", kritisierte der BUND-Landeschef Sticht. „Es fehlt eine harte Bremse zur Reduktion des Flächenverbrauchs, die Vergrößerung

des Naturwaldanteils um gerade einmal 1 Prozent ist geradezu beschämend, die angekündigte Unterstützung zur Aufweichung des Arten- und Naturschutzes auf der EU-Ebene ist ein Angriff auf geltende Naturschutzstandards. Der Koalitionsvertrag ist ein Vertrag zwischen CDU und Grünen, nicht aber für die Zukunft unseres Landes.“

Statt klarer Festlegungen zum Flächenschutz in Form verbindlicher Ziele im Landesentwicklungsplan (LEP) soll die 5 Hektar-Grenze nur als unverbindlicher Grundsatz verankert werden, eine „Netto-Null“-Perspektive fehlt vollständig. Stattdessen sollen Flächen für landesbedeutsame Großvorhaben

„auf der grünen Wiese“ weiter gesichert werden. Auch der Landes- und Fernstraßenbau soll erst einmal ungebremst weiterlaufen. Wichtige Themen wie die Ausweisung von Wildnisentwicklungsgebieten oder die Wiedervernässung von Mooren und Auen als entscheidende Zukunftsaufgaben





Foto: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Wird die Senne endlich zum zweiten NRW-Nationalpark?



Foto: Dirk Jansen

Weiter Zoff um Lützerath: Das Garzweiler-Dorf bleibt Streitobjekt.

des Klima-, Hochwasser- und Biodiversitätsschutzes werden nicht konkret angesprochen. Die von BUND, NABU und LNU initiierte und auch von den Grünen unterstützte 'Volksinitiative Artenvielfalt NRW' wird im Koalitionsvertrag - anders als im vorherigen Sondierungspapier - noch nicht einmal erwähnt. Auch die geplante Aufweichung der Ausgleichsregelung bei Eingriffen in den Naturhaushalt ist im höchsten Maße kontraproduktiv. Das gilt auch für die Trennung der Ressorts Landwirtschaft und Umwelt.

NEUSTART BEIM KLIMASCHUTZ

Deutlich positiver bewertet der BUND die Vorhaben zum Klimaschutz. Auch wenn sich die Koalition auf kein Zieldatum für die Klimaneutralität des Landes festlegen wollte, scheint es endlich voran zu gehen. Die Festschreibung des Kohleausstiegsdatums 2030, die Ankündigung einer neuen, dieses Mal finalen Braunkohle-Leitentscheidung und die weitere Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler zur Rettung von fünf Dörfern waren vom BUND lange gefordert worden. „Das Fehlen einer klaren Aussage zur Ortschaft Lützerath ist aber ein Fehler“, ist sich der BUND-Landesvor-

sitzende Sticht sicher. „Wir erwarten, dass bis zur angekündigten Einigung mit RWE über die Frage, welche Flächen bis zur Leitentscheidung noch genutzt werden sollen, keine weiteren Fakten geschaffen werden. Wir brauchen ein Moratorium.“ Ansonsten sind weitere Proteste der Klimabewegung vorprogrammiert.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien zeichnet sich ein Ende der jahrelangen Blockade ab. „Die Einführung einer solaren Baupflicht selbst für Bestandsgebäude und der stufenweise Wegfall der 1.000 Meter-Abstandsregelung für Windenergieanlagen können der Energiewende neuen Schwung verleihen.“ Positiv zu bewerten sind auch die Wiedereinführung einer landes- und regionalplanerischen Steuerung und konkrete Flächenvorgaben für die Planungsregionen. Jetzt gilt es aber auch, für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und die Windenergie auf Forst-Kalamitätsflächen klare Biodiversitätsstandards zu definieren.

Unterm Strich hat Schwarz-Grün mit dem Koalitionsvertrag ein sehr durchwachsendes Ergebnis geliefert. Es ist ein klarer Auftrag an den BUND, sich auch weiterhin kritisch-konstruktiv einzubringen.



„Mit der Aufteilung des bisherigen Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums in zwei Häuser drohen künftig immer wiederkehrende und zeitraubende Rangeleien bei wichtigen Entscheidungen. Doch gerade für Wald und Landwirtschaft brauchen wir integrative, progressive und zeitnahe Lösungen. Es ist für alle Seiten von Nachteil, dass sich nun zwei Ministerien gegenseitig blockieren können oder nebeneinander her arbeiten.“

HOLGER STICHT
Landesvorsitzender

KOALITIONSVERTRAG

LICHT UND SCHATTEN

Der Koalitionsvertrag enthält wichtige neue Impulse für ein klimaneutrales NRW. Doch beim Natur- und Freiraumschutz sieht der BUND viele Fehlstellen und sogar Rückschritte.



KOHLEAUSSTIEG

- + Kohleausstieg bis 2030
- + zeitnahe neue Leitentscheidung zur Beendigung der Braunkohlengewinnung und -verstromung
- + alle Garzeiler-Dörfer des dritten Umsiedlungsabschnitts (Keyenberg, Kuckum, Unter- und Ober-Westrich, Beverath) werden erhalten
- + transparente Massenbilanzierung, Einigung mit RWE über noch notwendige Flächeninanspruchnahme
- + Neubewertung der von RWE vollständig zu tragenden Tagebaufolgekosten
- keine Bestandsgarantie für Lützerath, kein Abrissmoratorium
- kein Ausschluss eines eventuell neuen Genehmigungsverfahrens für Datteln IV
- kein konkretes Zieldatum für die angestrebte Klimaneutralität



ERNEUERBARE

- + Ausbauoffensive für 1.000 neue Windenergieanlagen (WEA)
- + Abschaffung der pauschalen Mindestabstandsregel für WEA von 1.000 Metern zu Wohnsiedlungen
- + grundsätzliche Öffnung von Katastralfächern für WEA
- + Festlegung von Flächenzielen für WEA im Landesentwicklungsplan, Wiedereinführung der regionalplanerischen Steuerung
- + Bürgerenergiegesetz zur Beteiligung der Anwohner*innen, Auflage eines Bürgerenergiefonds
- + solare Baupflicht, Solarenergieerlass, Pflicht für kommunale Wärmepläne
- kein Ausschluss von Neuanlagen der "kleinen" Wasserkraft
- "vereinfachte Genehmigungsverfahren" ohne klare Aussage zu artenschutzrechtlichen Standards



MOBILITÄT

- + Steigerung des ÖPNV-Angebots um 60 % bis 2030, zusätzliche Pauschale für Kommunen
- + flächendeckendes Schnellbusnetz für alle Kommunen > 20.000 Ew.
- + 1.000 km neue Radwege
- + Vorrang der Sanierung vor Straßenneubau
- trotz Überprüfung des Landesstraßenbedarfsplans kein Straßenbau-Moratorium; dies gilt auch für Bundesfernstraßenprojekte
- Ortsumgehungen zur "Verbesserung der Lebensqualität"
- kein Zieldatum für 25 % Radverkehrsanteil am Modal Split
- Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorfs unter Berücksichtigung des "Angerland Vergleichs"
- Aushöhlung des Planungsrechts durch Zulassung "vorbereitender Maßnahmen"

Überwiegt das Positive oder werden die Fehlentwicklungen der letzten Legislaturperiode weitgehend fortgeschrieben? Die Kritik am Koalitionsvertrag jedenfalls war groß.

Auch wenn die Landesparteitage von CDU und Grünen dem Vertragswerk mit großen Mehrheiten zustimmten, war die Enttäuschung bei vielen Akteuren riesig. Aus Sicht des BUND ist das Regierungsprogramm nicht nur beim Natur- und Freiraumschutz deutlich zu wenig ambitio-

niert. Insbesondere auch das Kapitel zum Gewässerschutz ist äußerst knapp und inhaltlich schwach formuliert. Gleiches gilt für die Landwirtschaft. Maßnahmen zur Unterstützung des Ökolandbaus sind nur sehr vage formuliert. Konkrete Zielvorgaben - bis 2030 sollten 25 Prozent der Anbauflächen ökologisch bewirtschaftet werden - fehlen völlig.

Auch das Festhalten an dem umstrittenen Versammlungsgesetz und die Unterstützung einer Olympia-Bewerbung in der Re-

gion Rhein-Ruhr müssen kritisch gesehen werden.

Positiv hingegen sind die personelle Stärkung der Umweltverwaltung und die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität. Damit werden langjährige BUND-Forderungen umgesetzt.



MEHR INFOS

www.bund-nrw.de/landtagswahl2022



FREIRAUM

- + rechtskonforme Anpassung der Versorgungszeiträume beim Abbau von Kies und Sand
- + perspektivisch Ausstieg aus der Kies- und Sandgewinnung in besonders betroffenen Regionen
- + Einführung einer Rohstoffabgabe
- Minimierung des Flächenverbrauchs auf 5 ha/Tag nur als Grundsatz, nicht als verbindliches LEP-Ziel
- vorsorgender Hochwasserschutz ebenfalls nur als LEP-Grundsatz
- Sicherung von Flächen für flächenintensive Großvorhaben im Freiraum
- Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes; Ermöglichungsplanung soll Kommunen Spielraum geben
- Ausgleichmaßnahmen durch Ökopunkte oder Geldzahlungen statt funktional



NATURSCHUTZ

- + Verdoppelung des Naturschutzhaushaltes des Landes
- + Fortschreibung der Biodiversitätsstrategie
- + Ausweisung eines zweiten NRW-Nationalparks ("wir wollen")
- keine Zielvorgabe 20 % Biotopverbund bis 2025
- kein Pestizidverbot in Naturschutzgebieten
- Vergrößerung des Naturwaldanteil um 1 % auf lediglich 2 % (statt 10 %), Wildnisentwicklungsgebiete werden überhaupt nicht erwähnt
- Beibehaltung des Staus quo bei der Jagd
- Aufweichung des Natur- und Artenschutzes durch Nutzung der Spielräume auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene
- Aushöhlung der Eingriffsregelung (Ersatzgeldzahlungen, Ökokonten)



GEWÄSSER

- + Runder Tisch zum Thema Durchgängigkeit der Fließgewässer
- + Ausbau des Landesprogramms "Lebendige Gewässer"
- + Stärkung des ökologischen Hochwasserschutzes (aber ohne entsprechende LEP-Vorgaben und ohne klaren Vorrang vor technischen Maßnahmen)
- "Landeszentrum Wasser" als Parallelstruktur statt bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Wasserbehörden
- die unter Schwarz-Gelb umgesetzten Schwächungen des Gewässerschutzes sollen bestehen bleiben, keine Änderung des Landeswassergesetzes
- keine Maßnahmen zur Sanierung des Landschaftswasserhaushalts
- kein Schutz der Gewässer durch Dünger-/Pestizidverbot in ausreichend breiten Randstreifen

HOCHWASSERSCHUTZ

EIN JAHR NACH DER FLUT

Ein Jahr nach der verheerenden Flutkatastrophe regiert der Frust. Die politische Aufarbeitung stockt, Konsequenzen sind kaum in Sicht.



Erfstadt-Blessem: Vor einem Jahr wurden Teile des Ortes von der Kiesgrube verschluckt und die Autobahn geflutet. Den Behörden waren die Risiken lange bekannt.

Allein in NRW verloren im Juli des vergangenen Jahres 49 Menschen ihr Leben in den Fluten. Noch immer laufen in den zerstörten Gebieten die Wiederaufbauarbeiten. Doch ansonsten scheint "business as usual" einzukehren. Grundlegende Änderungen sind nicht in Sicht.

SCHLEPPENDE AUFARBEITUNG

Zwar hat die Flutkatastrophe auch politische Opfer gefordert: Die Mallorca-Ministerin Heinen-Esser trat zurück, Armin Laschet musste seine Kanzler-Ambitionen begraben. Doch ansonsten stockt die Aufarbeitung. Der zur Fehlersuche eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) beendete im Mai 2022 nach 21 Sitzungen ohne Abschlussbericht seine Arbeit. Am 30. Juni wurde ein neuer PUA eingesetzt. Er soll die Aufarbeitung vollenden.

Immerhin soll jetzt das Hochwassermeldesystem verbessert werden und das Land hat unter Federführung des Umweltministeriums eine Hochwasserschutzkommission eingerichtet. Eine grundlegende Neuausrichtung der Politik im Hinblick auf einen vorsorgenden ökologi-

schen Hochwasserschutz ist allerdings nicht in Sicht. So plant die neue Landesregierung nicht, den vorsorgenden Hochwasserschutz als verbindliches Ziel im Landesentwicklungsplan zu verankern. Noch immer werden die Einzugsgebiete der Bäche, Flüsse und Auen in weiten Teilen des Landes falsch bewirtschaftet oder zubetoniert, womit sie als Wasserspeicher entwertet werden. Auch die - längst überholten - Hochwasserrisikokarten schützen nicht konsequent vor weiterer Bebauung. Und dort, wo zusätzliche Überschwemmungsflächen geschaffen werden könnten, setzen die Landesbehörden häufig auf technischen Hochwasserschutz der alten Schule. Wie zum Beispiel im Himmelgeister Rheinbogen in Düsseldorf. Hier hält die Bezirksregierung trotz der erfolgreichen Klage des BUND am überholten Konzept eines rheinnahen Deiches fest.

ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIETE VON BEBAUUNG FREIHALTEN

Der BUND fordert als Sofortprogramm eine konsequente Freihaltung aller potenziellen Überschwemmungsgebiete von

jeglicher Bebauung. Auch das Freiziehen neuralgischer Stellen darf kein Tabu sein. Als Planungsgrundlage müssen die Hochwasserrisiko- und -gefahrenkarten unter Berücksichtigung historischer Ereignisse und auch des 2021er-Hochwassers sofort überarbeitet werden. Für das Hochwasserrisikomanagement müssen deutlich mehr Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden. Auch die gesamte Messinfrastruktur muss erweitert werden. Mehr Anstrengungen fordert der BUND auch zur Sanierung des Landschaftswasserhaushalts. NRW muss zum ‚Schwammland‘ werden. Flüsse und Bäche benötigen mehr Raum, Feuchtgebiete und Auen müssen reaktiviert, Moore wieder vernässt, Siedlungen klimawandelresilient umgestaltet werden. Starkregen- und Hochwasserereignisse sind natürliche Phänomene, aber deren Folgen können wir durch eine vorsorgende Planung beeinflussen. Denn eines ist klar: Nach der Flut ist vor der Flut.



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/wasser



Foto: Dirk Jansen



Foto: Hubert Pierschke

BUND-Landesgeschäftsstelle

VERDIENTER (UN)RUHESTAND

Erster Ansprechpartner für tausende Anrufende, Mit-Organisator vieler Demos und Aktionen, guter Geist der Landesgeschäftsstelle, engagierter Naturschützer: 18 Jahre lang war Rolf Behrens mit viel Herzblut für den BUND-Landesverband aktiv. Jetzt geht er in den Ruhestand.

Angefangen hatte alles 2004 mit dem vom BUND initiierten Wassernetz-Projekt der drei NRW-Naturschutzverbände, für das er die organisatorischen Fäden in der Hand hielt. Ab 2006 war er dann ausschließlich für den BUND aktiv. In der Telefonzentrale beantwortete er geduldig und kompetent die zahlreichen täglichen Anfragen. Rolf sorgte maßgeblich dafür, dass die Landesgeschäftsstelle immer

arbeitsfähig war und dabei auch immer gute Stimmung herrschte. Von der Mitgliederverwaltung bis hin zur Reparatur der Kaffeemaschine reichte sein Einsatzspektrum. Sich selbst titulierte er ironisch als "AvD". Genauso unentbehrlich war er bei zahlreichen Einsätzen vor Ort. Ob bei einer Großdemo in Köln oder Düsseldorf, ob bei einer Aktion vor Landtag oder Staatskanzlei: immer war Rolf an vorderer Stelle mit dabei und sorgte für reibungslose Abläufe. Als Grevenbroicher galt sein Einsatz insbesondere auch dem Braunkohlen-Widerstand.

Wir sind sicher, dass es Rolf im so genannten Ruhestand nicht langweilig werden wird und freuen uns auf viele weitere gemeinsame Aktivitäten!

NACHFOLGER

Seit dem 1. Juni unterstützt Michael Zerkübel als Nachfolger von Rolf Behrens die Landesgeschäftsstelle im Referat Organisation. "Da stürzt gerade sehr viel Neues auf mich ein - wie gut, dass der BUND für mich kein absolutes Neuland ist. Seit 2014 bin ich in der Ortsgruppe Moers und der Kreisgruppe Wesel aktiv und habe einiges aus der täglichen Arbeit der Basis kennen gelernt." Der 57-jährige engagierte sich lange in der Anti-Atom-Bewegung und war fast 30 Jahre in der Sozialarbeit (Sucht-krankenhilfe) beschäftigt. "Ich freue mich, etwas völlig Neues anzupacken und noch mehr freue ich mich, die viele Aktiven im Land kennen zu lernen."

Foto: Jörg Farys, dieprojektoren

IHR ANSPRECHPARTNER
 Michael Zerkübel
 Tel. 0211 - 30 200 515
 michael.zerkuebel@bund.net

NEU IM TEAM

Als Referent für zukünftige Mobilität hat Stephan Baur am 1. April die neu geschaffene Stelle in der BUND-Landesgeschäftsstelle angetreten. Der Düsseldorfer ist ausgebildeter Raumplaner mit Masterabschluss an der TU Dortmund und langjähriger Klimaschutzmanager einer mittelgroßen Kommune am linken Niederrhein. "Meine Motivation liegt darin, die Menschen mitzunehmen und Ihnen die Vision einer zukunftsfähigen und vor allem umwelt- und klimafreund-

lichen Mobilität näher zu bringen", sagt Stephan Baur. "Als junger Familienvater habe ich die Vision, dass Städte durch eine vielseitige, sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität lebenswerter und familienfreundlicher werden. Auch ländliche Räume benötigen umweltfreundliche und mutige Alternativen zum Auto. Die Konnektivität zwischen Stadt, Land und Raum muss verbessert werden. Neben alternativen Antrieben brauchen wir vor allem einen guten, bezahlbaren ÖPNV und durchgehende Radverbindungen."

Foto: Dario Dellmann

HABEN SIE FRAGEN?
 Stephan Baur
 Tel. 0211 - 30 200 524
 stephan.baur@bund.net



Foto: BUND Lörmecketal

Rüthen-Kallenhardt

AUF HÖHLENTOUR

Für 10 kleine Pfadfinder und ihren zwei Betreuer aus Hemer stand jetzt ein ganz besonderer Ausflug auf dem Programm: Ein Ausflug in die Unterwelt der Kattenstein-Höhle.

Nach einer kleinen Unterweisung durch den Höhlenführer Thorsten Blotenberg und Ausstattung mit Helm und Stirnlampe startete die Höhlentour. Durch eine kleine Öffnung, gefolgt von schmalen Gängen ging es - aufrecht und auch auf allen Vieren - zur Lehm- rutsche. Hier hatten nicht nur die Kinder ihren Spaß. Nach einer kleinen Pause auf dem "Pferderücken" musste noch ein kleines Wasserloch überwunden werden, um endlich den Höhlengeist zu entdecken. Um wieder das Tageslicht zu sehen, mussten die Pfadfinder dann noch ein bisschen klettern und zum Schluss noch durch einen sehr kleinen Gang auf dem Bauch in Richtung Ausgang krabbeln.

Eigentümerin der im Kreis Soest gelegenen „Höhle im Kattenstein“ ist die BUND NRW Naturschutzstiftung. Mit über 200 Metern Ganglänge gehört sie zu den bedeutendsten und schönsten Naturhöhlen des nördlichen Sauerlandes. Die Höhle bietet Lebensraum für typische auf Höhlen spezialisierte Flohkrebse, Asseln, Mücken und Milben und steht seit 2004 unter Naturschutz. Zahlreiche Fledermäuse nutzen die Höhle als Winterquartier. Die Kattensteinhöhle ist touristisch nicht erschlossen und besitzt als Teil des Naturschutznetzwerkes „Natura 2000“ auch europäischen Schutzstatus.



KONTAKT

BUND Ortsgruppe Lörmecketal
www.bund-loermecketal.de

WAHLEN ZUM LANDESVORSTAND

Am 23. Oktober tagt die Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW e.V. In diesem Jahr wird turnusgemäß ein neuer Landesvorstand gewählt. Zur Wahl stellen kann sich jedes Mitglied des BUND in NRW.

Der Vorstand besteht gemäß Satzung aus dem/der Vorsitzenden, zwei Stellvertretern/innen, dem/der Schatzmeister/in, dem/der Vertreter/in der BUNDjugend NRW und bis zu sechs weiteren Mitgliedern (mehr unter www.bund-nrw.de/satzung).

Alle Bewerber*innen werden gebeten, einen Bewerbungsbogen auszufüllen. Dieser ist über die Landesgeschäftsstelle erhältlich. Hierfür und für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an bund.nrw@bund.net.



TERMINE

Sa. 20.08. ab 12.00 Uhr	Sommerfest von BUND und BUNDjugend <i>BUND-Bildungszentrum Marienhof, Hagen</i> Kennenlernen, Austauschen, Vernetzen. Willkommen sind alle BUND-Mitglieder.
So. 28.08. 13.00 Uhr	Bielefelder Wald im Dürre- und Klimastress - Eine Sommerwanderung durch die Buchenwälder des Teuto <i>Bielefeld-Quelle</i>
Sa. 03.09. 11.00 Uhr	Forum Stadtnaturschutz zu Naturgärten <i>Soest</i>
Sa. 10.09. 9.30 Uhr	RhineCleanUp Müllsammelaktion <i>Wesel</i>
So. 23.10. ab 9.30 Uhr	BUND-Landesdelegiertenversammlung <i>Düsseldorf</i> Die Landesdelegiertenversammlung findet in diesem Jahr nach derzeitiger Planung in Präsenz statt. Es stehen neben der Neuwahl des Landesvorstands Berichte, Finanzen und Anträge auf der Tagesordnung. Mehr: www.bund-nrw.de/ldv22

Mehr Infos und weitere Termine: www.bund-nrw.de/termine

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 23.450; **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2022. © BUND NRW e.V., August 2022